ancs Anseiner

Mittwoch 13. April 2022

130. Jahrgang Nr. 87 Fr. 4.20 AZ 8021 Zürich

Tollwut

Einst impfte die Schweiz die Infektionskrankheit weg. Doch die Angst ist geblieben. 34

Smartwatches

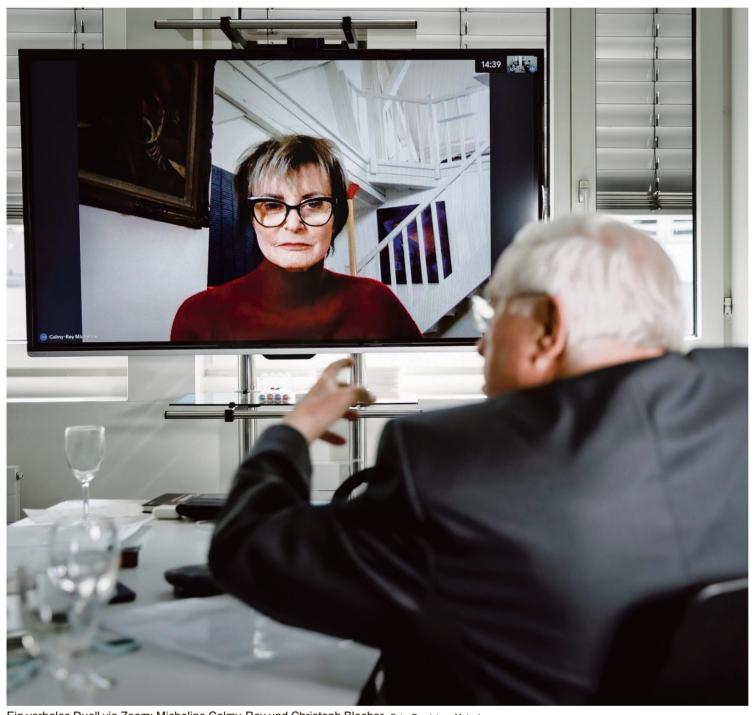
Es geht auch ohne Apple. Ein Blick auf die Alternativen. 29



Food-Waste

Ostern wird viel eingekauft - und auch weggeworfen. Das muss aber nicht sein.

Calmy-Rey und Blocher streiten über die Neutralität



Ein verbales Duell via Zoom: Micheline Calmy-Rey und Christoph Blocher. Foto: Dominique Meienberg

einmal eine adäquate Gegnerin», sagt SVP-Stratege Christoph Blocher über Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey (SP). Zum ersten Mal treffen die beiden Alt-

Streitgespräch für eine Zeitung aufeinander - und sie sind so debattierfreudig wie eh und je. Blocher wirft dem Bundesrat vor, mit den Sanktionen gegen Russ-

Streitgespräch «Das ist wieder Bundesratsmitglieder zu einem land die Neutralität gebrochen zu haben. Calmy-Rey habe dies mit ihrer «aktiven Neutralität» vorgespurt.

> Calmy-Rey hält die Sanktionen hingegen für neutralitäts

konform. Aber auch sie kritisiert die Landesregierung für ihre Politik im Ukraine-Krieg. «Nicht einmal ich habe die Kommunikation des Bundesrats verstanden.» (hä/rbi) Seite 2,3

Fedpol-Chefin Nicoletta della Valle warnt: «Die Wutbürger sind geladen»

Polizeischutz Innerhalb von 24 Stunden sind zwei Fälle von Bedrohung politisch exponierter Personen bekannt geworden, wie sie die Schweiz bislang kaum kannte: zuerst die Entführung des Präsidenten der eidgenössischen Impfkommission, Christoph Berger, dann der mutmassliche Mordplan des serbischen Geheimdienstes gegen Alt-Ständerat und Sonderermittler Dick Marty. Für den Schutz solcher Männer und Frauen des öffentlichen Lebens ist beim Bund Ni-

coletta della Valle verantwortlich. Die Fedpol-Direktorin zeigt sich im TA-Interview sehr besorgt über die Zunahme von Drohungen und Übergriffen im Zuge der Corona-Krise. So finde in Chats die Entführung des Impfchefs Zustimmung.

Della Valle warnt davor, anzunehmen, dass der Hass mit der Pandemie verschwinden wird: «Die Wutbürger sind geladen.» Die Drohungen und Übergriffe würden sich auf andere Themen verlagern. (rog/tok) Seite 6

Kolumne

«Klug wäre, sich ein offenes Herz zu bewahren für das Leiden der anderen, ohne am Elend zu verzweifeln.»

Barbara Bleisch

Die Philosophin über den Umgang mit der Not anderer. Seite 4

Steinmeier in Kiew unerwünscht

48. Kriegstag Berichte über den angeblichen Einsatz chemischer Waffen in Mariupol durch Russland haben gestern die Angst vor einer weiteren Eskalation in der Ukraine geschürt. Präsident Wolodimir Selenski vermeldete die Verhaftung des prorussischen Abgeordneten und Putin-Vertrauten Wiktor Medwedtschuk. Derweil platzte die Reise von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach Kiew, weil er dort wohl nicht willkommen ist. (red) **Analyse und Bericht Seite 7**

Chaos bei Flüchtlingen: Stadt Zürich attackiert Bund

Ukraine Stadtrat Raphael Golta kritisiert, dass Zürich unverhältnismässig viele Flüchtlinge aufnehmen muss.

Susanne Anderegg und Edgar Schuler

Zürichs Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) wirft dem Bund vor, er habe das bewährte Asylverfahren nicht eingehalten und damit ein Durcheinander verursacht. Statt sofort die Kapazitäten in den Bundesunterkünften zu erhöhen, habe er die Flüchtlinge teilweise direkt bei Gastfamilien untergebracht, noch bevor diese den Schutzstatus S erhielten.

Für die Stadt Zürich hatte dies zur Folge, dass die Behörden von vielen Geflüchteten nichts wissen und diese wiederum nichts von den Angeboten der Stadt.

Laut Golta sind derzeit rund 1000 Ukrainerinnen und Ukrainer in Zürich privat untergebracht. Ihnen will Golta unbürokratisch helfen. Wer sich beim Sozialdepartement meldet, erhält unabhängig vom Stand seines Verfahrens finanzielle Unterstützung. Voraussetzung ist nur, dass die Wohnsituation der Per-

son stabil ist: Sie soll mindestens drei Monate bei der Gastfamilie bleiben können. «Wir wollen diesen Menschen Sicherheit geben», sagt Golta. «Sie sollen mittelfristig in Zürich bleiben und nicht in andere Gemeinden wechseln müssen.»

Krisenstab reagiert

Auch die Konferenz der kantonalen Sozialdirektionen ist darüber unglücklich, dass Schutzsuchende aus der Ukraine sehr ungleich über die Schweiz verteilt sind. Die Städte Bern, Basel und Zürich sowie der Kanton Tessin beherbergen überproportional viele Flüchtlinge.

Der Sonderstab Asyl des Staatssekretariats für Migration hat gestern auf das Problem reagiert. So soll der geltende Verteilschlüssel bei der Zuweisung an die Kantone grundsätzlich wieder eingehalten werden. Bei den Zuteilungskriterien können die Kantone künftig mitentscheiden. **Berichte Seite 5, 8, 15, 28**

Ohne ein Ja ist es Vergewaltigung

Sexualstrafrecht «Nur Ja heisst Ja»: 45 Prozent der Schweizer Bevölkerung befürworten eine Zustimmungslösung bei der Frage, wann ein sexueller Übergriff stattfindet. Nur ausdrücklich einvernehmlicher Sex wäre erlaubt, alles andere wäre strafbar. Das zeigt eine repräsentative Umfrage von Amnesty International. Offenbar ist die Schweizer Bevölkerung fortschrittlicher als die Politik. Der Ständerat hat sich im Februar für die Widerspruchslösung ausgesprochen, auch als «Nein heisst Nein» bekannt. Die Stellungnahme des Bundesrats zum Thema steht noch aus. Das Parlament wird im Sommer darüber debattieren. (hbr)

Kommentar Seite 4 Bericht Seite 5

ANZEIGE Offen am Ostermontag 18.04.22 10-18.30 Uhr **NEW SHOP** SCCO Factory Outlet & FASHION FISH Schönenwerd/Aarau

fashionfish.ch



«Du sprichst wie ein Wasserhahn»

Calmy-Rey und Blocher im Streitgespräch Sie plädiert für eine «aktive Neutralität», er will derweil eine umfassende Neutralität per Volksinitiative Jetzt treffen sich die Alt-Bundesräte Micheline Calmy-Rey (SP) und Christoph Blocher (SVP) erstmals zu einem Wortgefecht.

Raphaela Birrer und Markus Häfliger

Frau Calmy-Rey und Herr Blocher, Sie treffen sich erstmals seit Ihrer Zeit im Bundesrat zu einem Streitgespräch. Worauf freuen Sie sich?

Christoph Blocher: Wir haben beide völlig unterschiedliche Auffassungen der Neutralität. Aber ich schätze an Micheline Calmy-Rev. dass sie dieses Thema ernst nimmt. Das ist wieder einmal eine adäquate Gegnerin! (lacht) *Micheline Calmy-Rey:* Wir haben den Kontakt nie verloren. Wir haben uns Weihnachtskarten geschickt. Unsere Ideen, Herkunft, Sprache und Kultur sind sehr unterschiedlich, aber ich schätze dich als Person, Christoph. Als Gegner auch. (lacht)

Wie war das im Bundesrat? Haben Sie oft gestritten?

Blocher: Die sieben Bundesräte unterscheiden sich parteipolitisch. Da wird gestritten. Zum Glück! Einmal habe ich in der Kaffeepause gesagt, dass wir sieben uns gegenseitig nie einstellen würden, wenn wir alle Unternehmer wären. Trotzdem müssten wir im Gremium zusammenarbeiten. Couchepin antwortete, er würde mich schon einstellen, aber nur, wenn er der Chef wäre. (lacht)

Die Welt scheint in zwei Blöcke zu zerfallen: der Westen versus China und Russland. Wird die Neutralität nicht obsolet?

Was ist heute im Bundesrat anders?

Blocher: Damals war ich drinnen und weiss: Meistens war es drinnen nicht so, wie man es draussen beschrieb. Das wird heute nicht anders sein. Über die Neutralität haben wir übrigens schon damals gestritten.

Calmy-Rey: 2003, in meinem ersten Amtsjahr, mussten wir zum ersten Mal seit langem das Neutralitätsrecht anwenden. Als die Koalition, geleitet von den USA, in den Irak eindrang. Wir verboten, dass Militärflugzeuge der Kriegsparteien über Schweizer Hoheitsgebiet fliegen.

Blocher: Es ist bezeichnend, dass du ein Beispiel bringst, in dem wir Neutralitätsrecht angewendet haben. Da haben wir keine Differenzen. Anders ist es bei der Neutralitätspolitik - also wie die Schweiz ihre bewährte Neutralität handhabt. Das heisst, wenn es um die neutralitätswidrige Unterstützung der Kriegsparteien geht, mit Mitteln, die über die reinen militärischen Mittel hinausgehen. Calmy-Rey: Die Kritiker der Neutralität behaupten, sie habe ausgedient, weil sie gegen Herausforderungen wie die Klimaer-

wärmung oder den Terrorismus nichts nütze und uns nicht genug schütze gegen eine militärische Aggression. Für mich war und ist aber die Neutralität immer etwas, das im Herzen der Schweizerinnen und Schweizer verankert ist. Wir dürfen sie nicht aus dem Fenster werfen.

Blocher: In Bundesbern waren und sind in den letzten 30 Jahren die führenden Leute - vor allem in der Verwaltung – gegen die Neutralität. Du bist zwar vordergründig eine Ausnahme, hast aber mit deiner «aktiven Neutralität» diese geradezu ausgehöhlt. Calmy-Rey: Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Unparteiisch zu sein, meint, dass die Schweiz in einem Konflikt keine Kriegspartei unterstützt, sondern dass sie auf der Seite des Völkerrechts steht. Im Ukraine-Krieg hat Russland das Völkerrecht krass verletzt. Darum hat sich die Schweiz mit den Sanktionen weder auf die eine noch auf die andere Seite gestellt, sondern auf jene des Rechts.

Und wie definieren Sie Neutralität, Herr Blocher?

Blocher: Die schweizerische Neutralität ist ein wesentlicher Schutz unserer Sicherheit. Sie ist immerwährend, bewaffnet und integral. Die Schweiz braucht eine Armee, die das Land vor Angriffen schützt. Und sie braucht eine umfassende Neutralität, damit die Schweiz nicht in Kriege hineingezogen wird. Wir hatten seit 200 Jahren – bis zum März 2022 - eine weltweit glaubwürdige Neutralität. Jetzt hat der Bundesrat sich an den Sanktionen als Kriegsmittel beteiligt und die Glaubwürdigkeit der Neutralität empfindlich verletzt.

Calmy-Rey: Integral und differenziell - das sind überholte Konzepte. Unsere Neutralität stützt sich seit Ende des 20. Jahrhunderts auf den Multilateralismus und auf die Achtung des Völkerrechts. Ein Beispiel: Seit 2002 sind wir Mitglied der UNO und übernehmen die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen.

Konkret: Warum finden Sie die Schweizer Sanktionen gegen Russland richtig?

Calmy-Rey: Im Fall der Ukraine wären die Sanktionen sonst über die Schweiz umgangen worden. Wir hätten faktisch für Putin Partei ergriffen. Und wären das Ziel von Vergeltungsmassnahmen der EU und der USA geworden. Christoph, eigentlich ist deine Neutralität ein Businessmodell. Eine derart skrupellose Neutralitätspolitik haben Schweizer Firmen auch mit dem Apartheid-Regime in Südafrika betrieben.

Blocher: Gegen die Umgehung der Sanktionen hat die Schweiz stets Massnahmen getroffen. Mit dem Konzept des «Courant normal» garantiert sie, dass der Handel mit einer Kriegspartei nicht ausgebaut wird und die Schweiz nicht zur Profiteurin wird. Das wäre auch beim Krieg zwischen Russland und der Ukraine richtig gewesen.

Calmy-Rey: Schon das Konzept des «Courant normal» bedeutet einen Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen Ländern, die die Sanktionen mittragen.



«Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit», erklärt Micheline Calmy-Rey (76). Foto: Laurent Guiraud

Blocher: Einig sind wir darin, Auch in den USA heisst es, wir dass Russland der Aggressor ist. seien nicht mehr neutral. Auch im Zweiten Weltkrieg ging die Aggression eindeutig von den Nazi-Armeen aus. Trotzdem haben wir an der bewaffneten Neutralität festgehalten und konnten so den Frieden schützen. Aber nur weil wir zusätzlich eine starke Armee hatten, die deine Partei abschaffen will.

Calmy-Rey: Es steht derzeit gar nicht zur Debatte, dass die Schweiz mit ihrer Armee an einem militärischen Konflikt teilnimmt. Wir wenden das Neutralitätsrecht an. Das heisst: Wir schicken keine Waffen an die Kriegsparteien, wir verbieten Militärflugzeugen, über unseren Luftraum zu fliegen. Dass die Schweiz die Sanktionen übernommen hat, ist hingegen mit der Neutralität kompatibel. Ein Verzicht darauf hätte bedeutet, sich auf die Seite des Aggressors zu stellen.

Blocher: Die Kompatibilität mit dem Neutralitätsrecht ist kein Problem. Aber glaubwürdig ist die schweizerische Neutralität nur dann, wenn sie dauernd, bewaffnet und integral ist. Dieses Konzept ist jetzt beschädigt.

Frau Calmy-Rey, Russland hat uns tatsächlich auf die Liste der unfreundlichen Staaten gesetzt.

Calmy-Rey: Es ist leider richtig, dass andere Länder uns nicht mehr als neutral wahrnehmen. Es gibt einen grossen Erklärungsbedarf. Nicht einmal ich habe die Kommunikation des Bundesrats verstanden. Er hätte glasklar sagen können: Die Schweiz wendet das Neutralitätsrecht an. Und wir übernehmen die Sanktionen, weil Russland die Integrität eines souveränen Staates verletzt. Aber wenn unser Botschafter in Washington im US-Fernsehen unsere Neutralität erklärt und gleichzeitig eine Ukraine-Flagge am Revers trägt, wird es natürlich schwierig.

Blocher: Das ist jetzt aktive Neutralität. Du hast gewonnen. Sogar der Bundesrat wendet sie jetzt an.

Calmy-Rey: Aber erst nach langem Zickzackkurs.

Blocher: Die Schweiz beteiligt sich nun mit Sanktionen am Krieg. Und ruft in die Welt, sie sei trotzdem neutral. Nur glaubt das niemand mehr. Auch im Zweiten Weltkrieg ging die Aggression eindeutig von den Nazi-Armeen aus. Trotzdem haben wir an der bewaffneten Neutralität festgehalten und konnten so das Land schützen. Auch jetzt hätte der Bundesrat die integrale Neutralität durchziehen müssen. Es ist nur zu hoffen, dass sich der Krieg nicht über die Ukraine ausweitet. Sonst wird die Schweiz rasch hineingezogen.

Frau Calmy-Rey, was sagen Sie zum Vergleich mit dem Zweiten Weltkrieg?

Calmy-Rey: Während des Zweiten Weltkriegs kämpften die Alliierten mit Waffen gegen Hitler. Die Schweiz beteiligte sich damals wie auch heute in der Ukraine nicht militärisch. Dies gesagt: Die Welt hat sich geändert. Wir sind der UNO beigetreten. Die Interpretation der Neutralität hat sich entwickelt, weil wir globalen Risiken nur mit multilateralen Instrumenten begegnen können. Wenn dieser Multilateralismus jetzt zu implodieren droht, schadet das der Sicherheit der Schweiz massiv. Und die Sicherheit Europas beruht darauf, dass die Integrität der einzelnen Länder unantastbar ist.

Herr Blocher, auch Sie finden den russischen Angriff verwerflich. Trotzdem sollen nur die anderen Staaten etwas dagegen tun?

Blocher: Wirtschaftliche Sanktionen hatten noch nie Erfolg. Nicht gegen Kuba, nicht gegen Nordkorea, nicht gegen den Iran.

Die Ex-Aussenministerin

Die Genfer SP-Politikerin Micheline Calmy-Rev war von 2003 bis 2011 Bundesrätin. Als Aussenministerin prägte sie den Begriff der «aktiven Neutralität» und setzte auf eine «öffentliche Diplomatie». Seit 2012 ist sie Gastprofessorin an der Universität Genf. 2020 schrieb die heute 76-Jährige ein Buch über die Neutralität. (red)

Sie schaffen nur Armut für die unteren Schichten, Putin merkt nichts davon. Zudem hätten wir als neutrales Land besondere Leistungen bei der Konfliktbewältigung anbieten können. Doch dafür kommen wir nicht mehr infrage, weil wir nicht mehr neutral sind.

Calmy-Rey: Dein Argument ist falsch: Mit der Türkei hat jetzt ausgerechnet ein Nato-Mitglied eine Vermittlerrolle. Schon 2014 nach der Besetzung der Krim hat Russland der Schweiz den Vorwurf gemacht, sie sei nicht neutral. Trotzdem konnte der Bundesrat damals im Rahmen der OSZE eine Vermittlerrolle spielen. Aus meinen Erfahrungen als Aussenministerin weiss ich: Vermitteln können wir nur, wenn wir gefragt werden.

Schweizer Neutralität

«Gratulation, du hast gewonnen!»

zementieren.



«Wirtschaftliche Sanktionen hatten noch nie Erfolg», sagt Christoph Blocher (81). Foto: Dominique Meienberg

Der SVP-Stratege

Der Zürcher SVP-Politiker und Unternehmer Christoph Blocher war von 2004 bis 2007 Bundesrat und Justizminister. Auch mit 81 Jahren prägt er seine Partei und die öffentliche Debatte weiter massgeblich mit. Nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges kündigte Blocher eine Volksinitiative zur Bewahrung der Neutralität an. (red)

Russlands Angriff verändert auch die Sicherheitslage der Schweiz. FDP-Präsident Thierry Burkart fordert eine engere Kooperation mit der Nato.

Calmy-Rey: Das Völkerrecht schützt die Schwachen nur bis zu einem gewissen Grad. Danach spielen die Machtverhältnisse eine Rolle. Darum müssen wir als neutrales Land sicherstellen, dass im Falle eines Angriffs unsere militärische Kapazität ausreicht und unsere Armee notfalls mit unseren Nachbarstaaten zusammenarbeiten kann. Das machen wir ja bereits im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden.

Sollten wir diese Kooperation weiter ausbauen?

Calmy-Rey: Was zusätzlich nötig und möglich ist, müssen militä-

die Mitgliedschaft in der Nato niemand angreift. kommt nicht infrage, wir würden unsere Neutralität aus dem Fenster werfen.

Blocher: Burkart weiss, dass die Mehrheit keinen Nato-Beitritt will. Darum sagt er, er wolle nur enger kooperieren und an Nato-Manövern ausserhalb der Schweiz teilnehmen. Das Letztere ist gefährlich. Die Schweizer Armee ist eine reine Verteidigungsarmee in diesem besonderen Gelände. Die Nato-Armeen sind aber weltweit einsetzbare Angriffsarmeen – mittlerweile bestehen sie fast nur noch aus den US-Streitkräften. Warum bringt Burkart das gerade jetzt? Weil er die Schwäche der Schweizer Armee mit einer illusorischen Verstärkung von ausserhalb aufzufangen glaubt.

Es ist doch eine Illusion, dass sich die Schweiz autonom gegen Mittelstreckenraketen verteidigen kann.

Blocher: Warum? Schauen Sie Israel an! Ein kleines Land hat Abwehrsvsteme, die diese Raketen aus der Luft holen. Wenn wir jetzt das Verteidigungsbudget erhöhen, muss in solche Abwehrwaffen investiert werden. Die Doktrin der Schweiz war immer, den Eintrittspreis für einen Angrei-

rische Experten beurteilen. Aber fer so hoch zu halten, dass uns Mit dem Begriff «umfassend»

Frau Calmy-Rey, sind Sie einverstanden, dass wir mehr Geld investieren müssten?

Calmy-Rey: Armeechef Thomas Süssli sagte kürzlich in Ihrer Zeitung, dass die Schweizer Armee in einem Krieg nur ein paar Wochen durchhalten würde. Wenn das stimmt, sind wir tatsächlich nicht gut aufgestellt. Der Krieg in der Ukraine erhöht zweifellos die Instabilität auf dem europäischen Kontinent. Aus diesem Grund halte ich es für sinnvoll, eine Erhöhung des Armeebudgets in Betracht zu ziehen.

Herr Blocher, Sie haben eine Volksinitiative zur Neutralität angekündigt. Was verlangen Sie genau?

Blocher: Die Bundesverfassung verpflichtet schon heute dazu, «Massnahmen zur Wahrung der Neutralität» zu treffen. Bis jetzt war klar, dass sie integral ist. Nun setzt man sich darüber hinweg. Die Volksinitiative verlangt einen Zusatz, der aussagt, «dass unsere Neutralität dauernd, bewaffnet und umfassend (integral) ist». Wir müssen zurückkehren zu einer glaubwürdigen, bewährten Neutralitätspolitik. Die genaue Formulierung ist noch in Arbeit.

wollen Sie ein Sanktionsverbot in die Verfassung schreiben?

Blocher: Die Schweiz darf sich im

Friedensfall an keinen Kriegsmassnahmen beteiligen, weder an militärischen noch an wirtschaftlichen noch an anderen. Es kann doch niemand behaupten, dass die jetzigen Sanktionen keine Kriegsmassnahmen sind! Calmy-Rey: Christoph, du machst ein Durcheinander. Die Sanktionen gegen Russland sind ein Mittel, um einen Waffenstillstand, um Frieden zu erreichen. Wenn du in die Verfassung schreibst, die Schweiz dürfe keine Sanktionen mehr übernehmen, nimmst du dem Bundesrat ieden Spielraum, um im Einzelfall die Interessen der Schweiz bestmöglich zu verteidigen. Es gibt für unsere Neutralität viel grössere Herausforderungen, als du mit dieser Scheindiskussion um Integ-

Welche Herausforderungen?

ralität suggerierst.

Calmy-Rey: Erstens die Frage, ob die bewaffnete Neutralität eine Illusion ist. Ob wir tatsächlich fähig sind, uns zu verteidigen. Blocher: Diesen Spielraum, sich in fremde Händel zu mischen, darf es nicht geben. Ich bin überzeugt, mit einer starken, dissuasiven Armee auf dem Boden der

meisten Konflikte sind heute Bürgerkriege. Blocher: Das ist auch nichts

gelingen.

Calmy-Rey: Und drittens droht die Implosion des UNO-Systems. Die UNO ist trotz ihrer Mängel ein Instrument des globalen Dialogs, deshalb ist der Ausschluss Russlands aus dem Menschenrechtsrat und anderen internationalen Organisationen kein gutes Zeichen. Zudem setzen wir die Sanktionen ungenügend um. In Bern gilt das Motto, nur so viel wie unbedingt nötig zu machen. **Blocher:** Ich stelle das Gegenteil fest. Micheline, kontrolliere bitte, wie sich dies in EU-Staaten verhält. Ich lese: Italien hat keine Sanktionen bei der Modebranche, Belgien im Edelsteinhandel, Deutschland wehrt sich gegen Sanktionen beim Gas, und die USA profitieren enorm, weil sie nun mehr Flüssiggas und Erdöl liefern können.

Neutralitätsrecht. Die Haager

Abkommen von 1907 verpflichten

einen neutralen Staat, sich nicht

noch mit Waffen. Er darf sich auch

Neutralitätspolitik. Dabei handelt

an bewaffneten Konflikten zu beteiligen -weder mit Truppen

keinem Militärbündnis wie der

es sich um die Gesamtheit der

Massnahmen, die ein Staat über die Einhaltung des Neutralitäts-

rechts hinaus trifft, um die Glaub-

dauernden, bewaffneten, umfas-

senden Neutralität wird uns das

Calmy-Rey: Zweitens gilt das

Neutralitätsrecht nur für zwi-

schenstaatliche Kriege, doch die

Nato anschliessen.

Die Interessen der Schweiz liegen vor allem beim Finanzplatz ...

Blocher: Genau. Auch wenn ich auf der Seite der Ukraine bin: Ist es denn richtig, dass man jemandem seine Bankguthaben enteignet, bloss weil er Russe ist? Rassismus in Reinkultur.

Über den Ukraine-Krieg hinaus gedacht: Die Welt scheint derzeit in zwei Blöcke zu zerfallen: der Westen versus China und Russland. Wird die Neutralität für die Schweiz, die so klar zum Westen gehört. dadurch nicht obsolet?

Blocher: Im Gegenteil, sie wird sogar bedeutender. Als Folge dieses Kriegs hat Amerika bereits jetzt viel mehr Einfluss auf Europa. Die USA hat der EU die Massnahmen diktiert - auch zu ihren eigenen Gunsten. Zweitens und gefährlich: China und Russland rücken zusammen. Das war vor dem Krieg nicht der Fall. China sieht für die Zukunft natürlich mögliche Parallelen zu Russland ...

Sie denken an einen möglichen chinesischen Angriff auf Taiwan.

Blocher: Natürlich! Was passiert, wenn China Taiwan angreift und die USA verlangt, dass man China boykottiert? Man darf in kriegerischen Konflikten nicht Feinde erzeugen mit einer «Brotsperre».

Wichtige Begriffe zur Neutralität

tätsrecht ist der Spielraum bei der Neutralitätspolitik gross. «Courant normal». Dieses sorgt, dass sie dadurch nicht zur

würdigkeit seiner Neutralität zu

erhalten. Anders als beim Neutrali-

Konzept besagt, dass die Schweiz Sanktionen gegen ein bestimmtes Land nicht übernimmt – aber dafür Kriegsgewinnlerin wird. Das bedeutet, dass das Geschäftsvolumen mit dem sanktionierten Staat nicht wachsen sollte. (hä/rbi)

Sie glauben also, dass uns die Neutralität auch in Zukunft schützt.

Blocher: Ja natürlich, Frau Calmy-Rey will den Multilateralismus retten, soll sie es tun. Doch wir sind nicht allmächtig. Unsere Aufgabe ist es, in der Schweiz Sicherheit, Freiheit, Demokratie und Wohlergehen zu bewahren. Dazu ist die Neutralität wichtig. Calmy-Rey: Christoph, du sprichst wie ein robinet d'eau tiède, wie wir auf Französisch sagen: ein Wasserhahn, aus dem nur lauwarmes Wasser kommt.

Blocher: Ich habe es lieber lauwarm als eiskalt.

Calmy-Rey: Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass sich der Westen von China und dessen Verbündeten wirtschaftlich abkoppelt. Und damit steigt die Gefahr, dass Europa eines Tages in eine direkte Konfrontation zwischen den USA und China gerät, insbesondere wegen Taiwan. Die Souveränität der Staaten wird als Grundkonzept der internationalen Beziehungen immer stärker. Und das ist eine Gefahr für ein Land wie die Schweiz, deren Sicherheit auf der Kraft des Rechts beruht.

Und was bedeutet das für die Zukunft der Schweizer Neutralität?

Calmy-Rey: Ich kämpfe für die Neutralität wie du, Christoph. Aber nicht für die dieselbe Neutralität. Nicht für jene des 19. Jahrhunderts, sondern für eine, die die Entwicklungen der Welt reflektiert.

Blocher: Es geht um den künftigen Schutz der Schweiz. Die Leute in Bundesbern haben irgendetwas entwickelt, das ihnen mehr Macht gibt, und nennen es aktive Neutralität - den Schutz der schweizerischen Sicherheit haben sie vergessen.

Sie sind sich also zumindest einig, dass Sie sich uneinig sind. Calmy-Rey: Ja, und auch wo wir uneinig sind.

Blocher: Und das wird auch so bleiben.

TA-Podium zur Neutralität

Micheline Calmy-Rey und Christoph Blocher sind heute Mittwoch, 13. April, Gast auf einem «Tages-Anzeiger»-Podium im Zürcher Kaufleuten. Mit FDP-Präsident Thierry Burkart und Sanija Ameti, Co-Präsidentin der Operation Libero, debattieren sie «die Zukunft der Schweizer Neutralität». Der Anlass ist ausverkauft, wird aber ab 20 Uhr auf www.tagesanzeiger.ch übertragen. (red)